

Zypern. An alle drei Orte führt das Firmengeflecht von Diamona & Harnisch.

„Teurer Wohnen“ ist im Reportagestil gehalten, in den ersten vier Folgen wird zum Glück nicht gelabert. Solide wechseln sich Interview-O-Töne und Atmo mit erzählerischen Elementen ab, gesprochen von Thielmann selbst. Dramaturgisch gekonnt nehmen die einzelnen Folgen Bezug aufeinander. So komplex das Geflecht von Diamona & Harnisch oder die rechtliche Situation am Immobilienmarkt auch ist, der Podcast wahrt die Orientierung, ordnet sachlich ein. Thielmann und Schloz bleiben ruhig, trotz deutlicher hörbarer Kritik und Mitgefühl mit der Situation der geplagten, bereits vertriebenen oder von Kündigung bedrohten Mieter. Werden Taxifahrer künftig noch in ihrem Kiez wohnen können, wenn die Mieten 6.000 Euro netto überschreiten?

Von vertriebenen Mietern und dem Leid alteingesessener Kiezbewohner, deren mehr als 20 Jahre alte Verträge sie zwar vor dem Allerschlimmsten schützen, die aber dennoch die Verwandlung ihres Viertels betrauern, hat man schon viel gehört. „Teurer Wohnen“ lenkt mit einer ganzen Folge über die „New Kids on the Block“ den Blick auf die andere Seite: Wer zieht in Neubauprojekte wie das in Charlottenburg?

Die Autorinnen wühlen sich durch Grundbuchakten, finden Ärztinnen, Unternehmer, auch Käufer aus Russland, Israel und China. Kontaktforderungen bleiben wenig überraschend meist unbeantwortet, ein Neueigentümer redet aber schließlich doch mit ihnen. Das Interesse an den Käufern und ihren Beweggründen ist ehrlich, die Beschäftigung mit ihnen trotz deutlicher Kritik an den

Strukturen am Markt frei von einfachen Skandalisierungsparolen.

Den Schauspieler Boris Aljinovic begleitet der Podcast als angeblichen Kaufinteressenten. Eine Immobilienunternehmerin beteuert, mit Luxuswohnungen in Berlin verdiene sich niemand eine goldene Nase, zu hoch seien die Entwicklungs- und Baukosten. Ein Gespräch mit dem Geschäftsführer von Diamona & Harnisch kommt zumindest in den ersten vier Folgen, trotz zwischenzeitlicher Zusage, nicht zustande, auch schriftliche Fragen blieben wohl unbeantwortet.

In den Folgen drei und vier bewegt sich „Teurer Wohnen“ weg vom Charlottenburger Wohnungsmarkt, in brandenburgische Speckgürtel-Gemeinden und nach Zypern. Auch thematisch holt die Erzählung weit aus. Abseits vom konkreten Fall oder dem Immobilienmarkt werden Steuermodelle und Firmenkonstruktionen beschrieben, die zwar legal sind, aber häufig zumindest ein Geschmäckle haben. Christian Bollert, der Geschäftsführer von Detektor.fm und Mitproduzent des Podcasts, gibt sich als potenzieller Klient einer Firma aus, die anderen Unternehmen dabei hilft, ihren Firmensitz zu verlegen. Das alles ist sehr informativ, erfordert aber auch etwas Durchhaltevermögen beim Hören.

Man bleibt aber dran, weil Schloz und Thielmann vorschnelle Schlüsse vermeiden, die man sonst bei so aufgeladenen Themen häufig hört. Immer wieder zeigen sie Lösungsansätze auf: Welche Reformen plant die Ampelkoalition? Wie regeln andere Länder die Besteuerung von Immobilienunternehmen? Es macht Spaß, dieser unaufgeregt und handwerklich gekonnt erzählten Recherche zu folgen. *Dominik Speck*

■ DOKUMENTATION

„Gemeinwohlorientiertes Netzwerk“

Thesen des IÖR zur Zukunft der öffentlich-rechtlichen Medien

epd In der Debatte um die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks spricht sich der Initiativkreis öffentlich-rechtlicher Rundfunk Köln (IÖR) gegen Fusionen von Sendeanstalten aus, fordert aber mehr Kooperationen unter den Sendern. Was die Aufsicht über die Sender angeht, mahnt der IÖR in einem Zwölf-Punkte-Papier eine andere Zusammensetzung der Gremien und mehr Nähe zum Publikum an. Wir dokumentieren das Papier im Wortlaut.

Der dritte Medienänderungsstaatsvertrag beauftragt die Gremien im Zuge der Flexibilisierung mit ganz neuen Aufgaben und Befugnissen. Der vierte Medienänderungsstaatsvertrag, der Regelungen für Transparenz und Compliance enthält, befindet sich im Anhörungsverfahren. Die ARD-Sender sind dabei, ihre Zusammenarbeit im Bereich Organisation und Finanzverwaltung zu verstärken und einheitliche Verwaltungssoftware einzuführen. Es ist also Bewegung in den Sendern und in der Medienpolitik.

In der Öffentlichkeit müssen sich die öffentlich-rechtlichen Sender nach wie vor rechtfertigen, wie sie mit dem Geld der Beitragszahler umgehen und wozu die öffentlich-rechtlichen Medienangebote überhaupt notwendig sind. Selbst runde Tische werden gefordert, um über die Zukunft der öffentlich-rechtlichen Medien ganz neu nachzudenken. Mit ersten Positionspapieren ist die Debatte eröffnet. In dieser Situation möchte der Initiativkreis öffentlich-rechtlicher Rundfunk Köln e.V. sich einschalten in die anlaufende Debatte. Einige Vorschläge erfordern einen neuen Staatsvertrag, aber vieles ließe sich einfach vertraglich regeln.

1. Der ÖRR als Garant für das duale System

In langjähriger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist der Funktionsauftrag des ÖRR definiert als dienende Freiheit, die freie individuelle und öffentliche Meinungsbildung garantiert und damit eine Grundvoraussetzung für die Demokratie darstellt. Der ÖRR ist kein Lückenfüller auf privat dominierten Medienmärkten, im Gegenteil: Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts geht davon aus, dass die andere Seite des dualen Systems mit kommerziellen Interessen und den geringeren inhaltlichen Anforderungen überhaupt erst vertretbar ist, wenn der ÖRR seinen verfassungsrechtlichen Funktionsauftrag erfüllt. Er stellt ein unabhängiges, Vielfalt sicherndes, Orientierungshilfe bietendes Gegengewicht dar gegen Gefahren der Manipulation und Kommerzialisierung. Er eröffnet damit den Markt für private Anbieter und ist bei wichtigen Sendeinhalten Voraussetzung zur Marktteilnahme privater Anbieter. Insofern erfüllen einige der vorliegenden Reformvorschläge nicht die langjährigen verfassungsrechtlichen Vorgaben.

Insbesondere in gesellschaftlich schwierigen Zeiten, in denen die Grundlagen der Demokratie angegriffen werden, Fake News und soziale Medien dazu beitragen, die Gesellschaft zu spalten, sind wir auf unabhängige, glaubwürdige, professionelle Information, Berichterstattung und Einordnung angewiesen.

2. Keine Fusion von ZDF und Das Erste

Vor einer Zusammenlegung von ARD und ZDF sei gewarnt, denn gutes Management basiert auf unterschiedlichen Unternehmenskulturen, und die lassen sich nicht ohne weiteres angleichen. Vor allem würde das Vielfaltsgebot missachtet. Wahrscheinlich wäre auch das Gebot der Verfassungsrechtsprechung verletzt, dass ein umfassendes öffentlich-rechtliches Angebot die Voraussetzung für die Zulassung von privaten Anbietern ist. Insofern sind einige Vorschläge wohl kaum verfassungskonform. In einem Rechtsstaat kann man erwarten, dass langjährige verfassungsrechtliche Vorgaben von

allen politischen Parteien und wirtschaftlichen Kräften beachtet werden.

Auch innerhalb des öffentlich-rechtlichen Systems ist programmliche Konkurrenz höchst sinnvoll, was wir in der Berichterstattung aus Krisengebieten schätzen. Die beiden Systeme sollten allerdings im Ersten und Zweiten ihr lineares Angebot deutlich verbessern; es gibt zu viel vom Selben. Dazu sei daran erinnert, dass es in den Anfängen des ZDF einmal eine staatsvertragliche Koordinationsverpflichtung zwischen dem Ersten und dem Zweiten gab, die besagte, dass zur gleichen Sendezeit unterschiedliche Genres im Programm bedient werden müssen.

Nach dem „Moma“-Prinzip könnten zudem das Erste und das ZDF in stärkerem Maße kooperieren. Bei der Übertragung von Sportereignissen wechselt man sich inzwischen schon ab. Das könnte auch bei internationalen Großereignissen wie der Beerdigung einer beliebten Monarchin geschehen.

3. Qualitätssicherung im linearen Angebot

Noch haben die linearen Angebote im Fernsehen hohe Bedeutung, wie die jüngste Massenkommunikationsstudie von ARD und ZDF belegt; sie erreichen täglich viele Millionen Zuschauer. Es ist daher falsch, das Lineare kontinuierlich auszudünnen und alles – auch die Finanzmittel – auf online zu setzen. Notwendige Sparmaßnahmen könnten im Bereich der hochpreisigen Sportberichterstattung getroffen werden.

Der Integrationsauftrag des ÖRR lässt sich schwerlich nur online erfüllen, sondern gerade auch im Linearen, das selbst nach Auffassung des ÖRR noch längere Zeit hohe Bedeutung hat. Deshalb ist die vor allem von der ARD unter der Parole Online first angestrebte Ausdünnung des Linearen strategisch falsch und entspricht auch nicht dem Auftrag. Linear und non-linear haben auf absehbare Zeit beide ihre Berechtigung.

4. Erwartungen an das öffentlich-rechtliche Angebot

Der ARD-Zukunftsdialo g hat deutlich gezeigt, dass die Nutzer*innen mehr Information, mehr Hintergrundberichte, Dokumentationen und Erklärungen zu den immer komplexer werdenden Themen unserer Welt und Zeit wünschen. Diese Genres müssen die beiden Hauptfernsehprogramme sehr viel umfangreicher abbilden und damit mehr als bisher zur Meinungsbildung und zum Diskurs beitragen. Und das darf nicht am späten Abend sein, sondern zu deutlich früheren Sendezeiten.

Die Anzahl der Talkshows könnte sicher reduziert werden. Statt immer wieder dieselben Politiker und Journalisten einzuladen, könnte durch Wissenschaftler, Mitglieder von NGOs, Bürgerinnen und Bürger und andere deutlich mehr zum öffentlichen Diskurs beigetragen werden. Mehr konstruktiver Journalismus ist wünschenswert, der nicht nur als kritischer Begleiter agiert, sondern auch Lösungswege aufzeigen und die Menschen dazu ermutigen und aktivieren kann.

Viel Fiktionales, vor allem Krimis, könnten gut in die Mediathek verlegt werden. Es sollten aber vor allem auch kuratierte Dokumentationen mit entsprechenden Suchfunktionen in den Mediatheken auffindbar sein.

5. Kooperation und Kompetenzzentren in der ARD

In der ARD muss in stärkerem Maße kooperiert werden nicht nur in Verwaltungsangelegenheiten. Auch die historisch gewachsene regionale Struktur der Sender und Einrichtungen sollte auf die Zukunftsfähigkeit hin geprüft werden. Die bundesweite Verzahnung von Schwerpunkten und Kompetenzzentren, wie sie Frau Wille vorgeschlagen hat, wäre in hohem Maße Qualitätssichernd. Es ist wenig sinnvoll, wenn jeder Sender seine Wissenschaftsberichterstattung selber bastelt. Kompetenzzentren für medizinisches, ökonomisches, juristisches, naturwissenschaftliches und historisches Fachwissen, das nicht regional gebunden ist, würden sicher der Qualität und Aufbereitung der Themen zugutekommen.

6. Kulturauftrag und Integration neu definieren

Es ist bedauerlich, wie leichtfertig gefordert wird, an den Orchestern und Chören zu sparen. Offensichtlich wird nicht beachtet, dass die öffentlich-rechtlichen Sender in einigen Regionen zu den wichtigsten tragenden Kulturproduzenten zählen, oft in Kooperation mit anderen Kultureinrichtungen. Vor allem aber wird offenbar nicht genügend gesehen, welche kulturellen Anstrengungen gemacht werden müssen, um die Gesellschaft zusammenzuhalten, Extremisten entgegenzuwirken, immer wieder zur Aufklärung und Toleranz beizutragen und auch, um Eingewanderte zu integrieren.

Weitere mehrsprachige Angebote sind dringend nötig, aber die „Sprache“ der Musik versteht man auch intuitiv. Der ÖRR leistet zum Beispiel mit Rundfunkbeiträgen einen wesentlichen Beitrag dafür, dass Deutschland als Musikland Nr. 1 gilt. Die Ausweitung der Kooperation mit Kultureinrichtungen wie Museen und Theatern wäre wünschenswert in Hinblick auf gemeinsame Projekte ebenso wie mit Blick auf die Weiterentwicklung der Mediatheken hin zu einem gemeinwohlorientierten Netzwerk. In dem Zusammenhang ist auch wünschens-

wert, der bildenden und gestaltenden Kunst mehr Raum zu geben im linearen Angebot wie auch in den Mediatheken.

7. Das Online-Potenzial nutzen: Kooperation mit Bildungseinrichtungen

Medienkompetenzförderung ist in Zeiten problematischer Nutzung sozialer Medien und oligarchischer, willkürlicher Angebotsstrukturen im Bereich der intermediären „Dienste“ dringend nötig. Kompetente Mediennutzung und die Fähigkeit zur unabhängigen Meinungsbildung müssen gefördert werden. Faktenchecks werden immer wichtiger. Es wäre auch sinnvoll, den Kulturauftrag in diesem Sinne neu zu fassen und die Mediatheken als Archiv und Gedächtnis der Gesellschaft auszubauen.

Der ÖRR könnte auch dazu beitragen, das Digitalisierungsdefizit in Deutschland zu reduzieren in Kooperation mit Schulen, Hochschulen und sonstigen Bildungseinrichtungen.

Angesichts der Probleme mit den internationalen Plattformen, die sich nur mühsam an europäisches Recht gewöhnen wollen, erscheint es immer plausibler, eine deutsche Plattform anzustreben, auf der auch die politischen Debatten geführt werden könnten.

8. Public Value sichtbar machen

Der ÖRR müsste den Public Value viel sichtbarer machen, zum Beispiel Werbung für seine guten Leistungen für ganze 60 Cent am Tag machen und durch Cross-Promotion auf sein breites Gesamtangebot hinweisen. Immer nur Trailer im Ersten fürs Erste auszustrahlen und dann meist für Krimis, enthält den Zuschauern vor, welche guten Angebote in den anderen Programmen oder in den Mediatheken existieren. Im Eigeninteresse sollten die öffentlich-rechtlichen Sender viel mehr aufklären, wie das duale System funktioniert und welche Leistungen sie selbst für unterschiedliche Zielgruppen erbringen – wie zum Beispiel Funk und Kika.

Das gilt insbesondere auch für das Zusammenspiel der Medien, quasi als vierte Gewalt, mit anderen demokratischen Institutionen.

Die Art, wie im ORF Public Value diskutiert und dargestellt wird, könnte man sich zum Vorbild nehmen. In diesen schwierigen Zeiten wäre es sehr angebracht, nicht nur über die aktuelle Politik zu berichten, sondern ganz grundsätzlich die Demokratie zu stützen, demokratische Prozesse immer wieder zu erklären und über Gewaltenteilung und Informationsfreiheit aufzuklären.